

Gesetz
zur Ausführung des Pass- und Personalausweisgesetzes im Freistaat
Sachsen
(SächsAGPassPAuswG)

erlassen als Artikel 1 des Gesetzes zur Ausführung des Pass- und Personalausweisgesetzes sowie
zur Aufhebung des Sächsischen Gesetzes über Personalausweise und zur Ausführung des
Paßgesetzes

Vom 29. September 2010

§ 1

Sachliche Zuständigkeit der Pass- und Personalausweisbehörden

- (1) Sachlich zuständige Pass- und Personalausweisbehörden sind die Gemeinden.
- (2) Die Aufgaben der Pass- und Personalausweisbehörden sind Pflichtaufgaben nach Weisung. Das Weisungsrecht ist unbeschränkt. Fachaufsichtsbehörden nach § 123 Abs. 1 der [Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen \(SächsGemO\)](#) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sind die Rechtsaufsichtsbehörden nach § 112 [SächsGemO](#).

§ 2

Sachliche Zuständigkeit der Polizeivollzugsbehörden

Sachlich zuständig für den automatisierten Abruf von Lichtbildern nach Maßgabe des § 22a Abs. 2 Satz 3 des [Passgesetzes \(PassG\)](#) vom 19. April 1986 (BGBl. I S. 537), das zuletzt durch Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2437, 2439) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und § 25 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis ([Personalausweisgesetz – PAuswG](#)) vom 18. Juni 2009 (BGBl. I S. 1346), in der jeweils geltenden Fassung, sind die Polizeidirektionen nach § 71 Abs. 1 Nr. 5 des [Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen \(SächsPolG\)](#) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. August 1999 (SächsGVBl. S. 466), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 940, 941) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

§ 3

Datenübermittlung an das Bundesverwaltungsamt

Der Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste ist für die Übermittlung der Adressen und Zertifikatsinhalte der Ausweisbehörden an das Bundesverwaltungsamt und für deren Pflege zuständig.

§ 4

Einschränkung von Grundrechten

Aufgrund dieses Gesetzes in Verbindung mit dem Vollzug der Bestimmungen des [Passgesetzes](#) und des [Personalausweisgesetzes](#) können zur Feststellung der Identität die Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 [Grundgesetz](#), Artikel 16 Abs. 1 Satz 2 der [Verfassung des Freistaates Sachsen](#)) und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 des [Grundgesetzes](#), Artikel 33 der [Verfassung des Freistaates Sachsen](#)) eingeschränkt werden.